



IN DIESEM HEFT

Grußworte zur Eröffnung der Regionalkonferenz	S. 3
Geschlechtervorstellungen und antifeministische Kampagnen der „Neuen Rechten“	S. 6
Rechtspopulistische Agitationen gegen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Bildung. Gegenstrategien und Handlungsmöglichkeiten	S. 9
Religion, Kirche und Rechtspopulismus. Wie können Kirchen und Religionsgemeinschaften menschenfeindlichen Einstellungen von rechts entgegenwirken?	S. 13
Fishbowl: Rechtspopulismus als Gefahr für Vielfalt und Respekt	S. 17

Vorwort: Dokumentation der Regionalkonferenz

Diese Broschüre dokumentiert die Ergebnisse der ersten Regionalkonferenz „Gegensteuern - Rechtspopulismus und Gleichstellungsgegner*innen die Stirn bieten“ am 10. Oktober 2018 in Leipzig. Im Rahmen dieser Konferenz wurden die von Aktivist*innen und Fachkräften entwickelten Ideen für Strategien aus dem Vernetzungstreffen vom Herbst 2017 weiterentwickelt. Gemeinsam mit Wissenschaftler*innen, Vertretungen aus Stiftungen, aus der Politik und Fachverbänden wurden diese Ansätze diskutiert, um mit Mut und Kreativität den faktenfreien Kampagnen entgegenzuwirken. Gleichzeitig ist dieses Format Impulsgeber, um neue Bündnisse zwischen LSBTI*¹-Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen anzustoßen (bspw. mit Gewerkschaften und Unternehmen, Medien, Wissenschaft, Kultur und Sport, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, migrantische und antirassistische Initiativen, Fachkräften aus der Bildungs-, Familien- und Jugendarbeit). Die Regionalkonferenz ist Teil des LSVD-Projekts „Miteinander stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken“.

Der Familien- und Sozialverein des LSVD als Projekträger wird gefördert in der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger im Themen- und Strukturfeld „Akzeptanzförderung und Empowerment für lesbische, schwule, bi- und intersexuelle bzw. –intergeschlechtliche Menschen und ihre Angehörigen“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Das LSVD-Projekt „Miteinander stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken“ fördert die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans* und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI*). Die Stärkung von LSBTI*, ihren Verbänden und Fachkräften steht dabei ebenso im Vordergrund wie die Entwicklung nachhaltiger Strategien und der Aufbau zivilgesellschaftlicher Allianzen gegen Homosexuellen- und Trans*Feindlichkeit, Rassismus, Anti-

semitismus sowie gegen jede weitere Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Die Regionalkonferenz in Leipzig war eine Veranstaltung des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) in Kooperation mit der Volkshochschule Leipzig und mit der Weiterdenken — Heinrich Böll Stiftung Sachsen. Moderiert wurde die Konferenz von Kathrin Schuchardt, freiberufliche Bildungsreferentin.



Foto © Jürgen Rausch

Die Moderatorin Katrin Schuchardt bei der Eröffnung

¹ Die Abkürzung LSBTI* steht für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans* und intergeschlechtliche Menschen.

Grußworte zur Eröffnung der Regionalkonferenz

Auszug aus der Begrüßung von Tom Haus, LSVD Sachsen



Tom Haus © LSVD

„Wir leben in einer Zeit, wo es wieder opportun scheint gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans* und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI*) zu hetzen und auch andere Minderheiten auszugrenzen.“
 — Tom Haus

Als LSVD Sachsen sind wir froh und dankbar, dass das LSVD-Projekt „Miteinander stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken“ heute mit seiner ersten Regionalkonferenz nach Leipzig gekommen ist.

Wir leben in einer Zeit, wo es wieder opportun zu sein scheint, gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans* und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI*) zu hetzen und auch andere Minderheiten auszugrenzen. Es liegt jetzt an uns, gegen diese Alarmzeichen vorzugehen und uns gemeinsam dem drohenden Rollback entgegenzustellen.

Die Regionalkonferenz „Gegensteuern – Rechtspopulismus und Gleichstellungsgegner*innen die Stirn bieten“ ist daher wichtig und dringend notwendig - besonders bei uns in Sachsen. Rechte und religiöse Fundamentalisten*innen hetzen hier nicht nur gegen LSBTI*, sondern ebenfalls gegen Geflüchtete, Jüd*innen, Sinti und Roma und gegen alle, die nicht in ihr menschenfeindliches Weltbild passen.

Um diesen kruden Thesen und Ideologien entschlossen entgegenzutreten, brauchen wir nicht nur breite Bündnisse von „Vielfaltsverteidiger*innen“, sondern ebenfalls kreative Ideen und Strategien. Wir wollen gemeinsam und mutig unsere pluralistisch-demokratische Gesellschaft verteidigen.

Jetzt kommt es darauf an, dass wir uns als LSBTI*-Community auch mit anderen Organisationen verbünden, die sich beispielsweise gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus oder gegen Islamophobie engagieren.

Wir können viel voneinander und übereinander lernen und unsere Kräfte bündeln. Das wünsche ich mir auch von dieser Regionalkonferenz.

Tom Haus

(Es gilt das gesprochene Wort)



Graphik © Sibylle Reibel

Grüßworte zur Eröffnung der Regionalkonferenz

Auszug aus der Begrüßung von Henny Engels, LSVD-Bundesvorstand

Henny Engels © Caro Kadatz



„Wir alle gemeinsam sollten, ja müssen selbstbewusst auftreten und deutlich machen, dass wir keine Gefährdung der Demokratie oder gar des Landes darstellen, sondern dass Vielfalt und deren breite Anerkennung ein Gewinn für ein gedeihliches Zusammenleben ist.“

— Henny Engels

Liebe Teilnehmende,

ich freue mich, dass Sie und Ihr der Einladung zu dieser Regionalkonferenz gefolgt seid und hoffe, dass wir alle am Ende des Tages schlauer sind. Mit dem Projekt „Miteinander stärken“ wollen wir als LSVD gemeinsam mit anderen unsere Demokratie stärken, indem wir inhaltliche Positionen und Strategien entwickeln bzw. weiterentwickeln, wie wir — als Verband und mit Mitstreiter*innen außerhalb des Verbandes — dem anwachsenden Rechtspopulismus entgegenwirken können.

Mit dem Gesetz zur Eheöffnung im letzten Jahr ist zwar ein wichtiger Schritt getan, aber noch längst nicht alles geregelt und gut. Gesetze folgen — manchmal mit großem Abstand — den Entwicklungen in der Gesellschaft und ziehen auch entsprechende weitere Entwicklungen nach sich. Aber steigende Akzeptanz, steigender Respekt für Menschen, die anders leben und lieben, anders aussehen, kurz, die Anerkennung der gesellschaftlichen Realität, wie sie sich vielfältig darstellt, sind weiterhin keine Selbstläufer. Das bedarf vielfältiger, hartnäckiger und phantasievoller Anstrengungen— und dieser Herausforderung stellen wir uns heute erneut gerne.

Natürlich haben wir dabei die Situation von LSBTI* und die Angriffe von rechtspopulistischer Seite besonders im Blick, aber wir wissen auch, dass wir nicht die einzigen sind, die entsprechenden Anfeindungen ausgesetzt sind und dass es viele gibt, die einer Mehrfachdiskriminierung ausgesetzt sind.

Gleichzeitig gibt es sowohl in unseren Reihen als auch darüber hinaus Menschen, die einer Abwertung bestimmter Gruppen und insbesondere gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten. Auch insofern sind wir sehr daran interessiert, über die Community hinaus Mitstreiter*innen zu finden.

Wir alle gemeinsam sollten, ja müssen selbstbewusst auftreten und deutlich machen, dass wir keine Gefährdung der Demokratie oder gar des Landes darstellen, sondern dass Vielfalt und deren breite Anerkennung ein

Gewinn ist für ein gedeihliches Zusammenleben. Das alles könnten wir nicht tun, wenn es nicht das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gäbe und das große Interesse des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und die Zivilgesellschaft, die hier aktiv ist, zu unterstützen. Mein Dank gilt also an dieser Stelle sowohl den Verantwortlichen im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ als auch dem BMFSFJ, das im Übrigen viele weitere gute und notwendige Projekte fördert, um die Demokratie und deren Abwehrkräfte zu stärken.

Henny Engels

(Es gilt das gesprochene Wort)



Grafik © Sibylle Reichel

GEGENSTEUERN



RECHTSPOPULISMUS UND GLEICHSTELLUNGSGEGNER*JNNEN DIE STIRN BIETEN

REGIONALKONFERENZ

10. OKTOBER 2018 JN LEIPZIG

IMPULS

GESCHLECHTERVORSTELLUNGEN UND ANTI-FEMINISTISCHE KAMPAGNEN DER „NEUEN RECHTEN“
VORTRAG VON QUINT CZYMEK (SOZIALWISS.)

Themen
AFD
PEGIDA
DIE IDENTITÄREN
METAPOLITIK

SEZESSION
JUNGE FREIHEIT
→ Begriffe neu definieren



Sibylla Reiche

Keynote: Geschlechtervorstellungen und antifeministische Kampagnen der „Neuen Rechten“

Quint Czymmek, Sozialwissenschaftler



Quint Czymmek @ privat

„Bei der Regionalkonferenz „Gegensteuern – Rechtspopulismus und Gleichstellungsgegner*innen die Stirn bieten“ kam ein lebendiger Austausch über die Herausforderungen des gesellschaftlichen Rechtsrucks für die demokratische Zivilgesellschaft zustande. Insbesondere die Entwicklung von Strategien im Umgang mit Gleichstellungsgegner*innen im Kontext von Bildungsplänen und mit extrem rechten Tendenzen innerhalb von Religionsgemeinschaften stand bei der Konferenz im Vordergrund. Es bleibt zu hoffen, dass die auf der Konferenz diskutierten Handlungsoptionen und Strategien Eingang in die konkrete gesellschaftliche Praxis finden.“

— Quint Czymmek

Quint Czymmek befasste sich im Einführungsvortrag mit den Geschlechterkonstruktionen der sogenannten „Neuen Rechten“² in Deutschland.

Er stellte anfangs heraus, dass Männlichkeit und Weiblichkeit im extrem rechten Denken nicht als sich immer verändernde und vor allem veränderbare kulturelle Tatbestände gelten, sondern als starre und überhistorisch vorhandene Essenzen. Extrem rechtes Denken sei durch eine Ideologie der Ungleichheit und daraus resultierender Ungleichwertigkeit gekennzeichnet, Geschlecht gelte als erster grundlegender Menschheitsunterschied.

Soldatische und heroische Männlichkeit

Der angeblichen Krise der Männlichkeit, für die insbesondere der Feminismus verantwortlich gemacht werde und deren Resultat eine Verweiblichung der Männlichkeit sei, stelle die extreme Rechte eine soldatische und heroische Männlichkeit gegenüber. Diese sei durch Aggressivität, Opfer- und Kampfbereitschaft sowie absolute

Loyalität zum eigenen völkischen Kollektiv gekennzeichnet. Männliche Gewalt werde im rechten Denken nicht nur als natürlich erachtet, sondern als wünschenswerte Eigenschaft. Diese Männlichkeitskonzeption sei Rechtfertigungsgrundlage für Gewalttaten von Männern gegen Frauen und andere Männer.

Weiblichkeit sei in rechten Diskursen auf die sorgende Tätigkeit in der Familie und das Muttersein beschränkt. Czymmek stellte fest, dass Frauen und Männer in der rechtsextremen Ideologie unterschiedliche Aufgaben in der völkischen Gemeinschaft innehätten und die einzig legitime Weise des Zusammenlebens zwischen den Geschlechtern die Ehe zwischen Mann und Frau sowie die aus dieser Verbindung resultierenden Kinder seien.

Antifeminismus als ideologische Klammer

Anschließend ging Czymmek auf den Antifeminismus ein — für ihn eine zentrale ideologische Klammer zwischen

Konservativen, christlicher Rechter und extremer Rechter. Der Feminismus werde in rechten Diskursen als zentrale Gefahr für die heteronormative Familie stilisiert. Antifeministische Kampagnen bauen auf einer Verschwörungstheorie auf, die Feminist*innen für eine Umerziehung der Menschen mittels Gender Mainstreaming und der sogenannten „Gender-Ideologie“ verantwortlich mache.

Die Existenz eines sozialen Geschlechts, welches nicht mit dem biologischen Geschlecht übereinstimmen müsse, beziehungsweise sich nicht aus diesem ableite, werde von der extremen Rechten bestritten. Feminist*innen werde eine unglaubliche Machtfülle im öffentlichen Diskurs zugesprochen, mittels derer sie angebliche „Gender-Programme“ und Sprechverbote im öffentlichen Diskurs durchsetzen könnten. Das Feindbild Feminismus sei auch bei den Kampagnen des antifeministischen Bündnisses „Demo für Alle“ gegen eine „Sexualpädagogik der Vielfalt“ maßgeblicher Bestandteil.

² Da der Begriff „Neue Rechte“ schon seit nunmehr 50 Jahren in Gebrauch ist und das Denken dieser vermeintlich neuen Rechten nicht besonders neu, sondern in der faschistischen Theorietradition der sogenannten „Konservativen Revolution“ der 1920er und 1930er Jahre steht, wird der Begriff hier in Anführungszeichen benutzt.

Das Bündnis „Demo für Alle“ bildete sich 2014 nach einer Petition gegen einen Bildungsplan in Baden-Württemberg, der die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Unterricht berücksichtigte. An den Demonstrationen gegen den Bildungsplan in Stuttgart beteiligten sich anfangs mehrere hundert, auf ihrem Höhepunkt Ende 2015 und Anfang 2016 sogar um die 5.000 Menschen. Das Bündnis sei, so Czymmek, ein kampagnenfähiger Akteur, dessen Protagonist*innen meist aus dem Spektrum der christlichen Rechten bzw. christlichen Fundamentalist*innen kämen.

Verabsolutierung der heterosexuellen Norm

Grundlegende Annahme aus dem Spektrum der „Demo für Alle“ sei die Absolutsetzung der heterosexuellen Norm. Andere sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten würden pathologisiert und nicht als gleichwertig anerkannt. Dass Kinder und Jugendliche an Schulen andere sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten kennenlernen, werde von Protagonist*innen der „Demo für Alle“ als gezielte Verwirrung der Kinder in ihrer sexuellen Orientierung umgedeutet. Von den Organisator*innen werde zwar immer wieder betont, nichts gegen LSBTI* zu haben, wenn diese ihre sexuelle Orientierung privat leben, aber Sichtbarkeit oder Akzeptanz könnten LSBTI* nicht beanspruchen. Ihnen wird allenfalls ein Schattendasein zugestanden und eine Duldung angeboten, die natürlich jederzeit wieder entzogen werden können.

Emanzipation als „Niedergang und Verfall“?

Zusammenfassend machte Czymmek deutlich, dass für die extreme Rechte Emanzipationsbestrebungen hin zu mehr geschlechtlicher und sexueller Vielfalt sowie das Streben nach Gleichheit aller Menschen nichts weiter als Anzeichen des Niedergangs und des Verfalls westlicher Kulturen seien. Die extreme Rechte stelle der Plurali-



Quint Czymmek @ Jürgen Rausch

sierung der Geschlechterrollen in den letzten Jahrzehnten determinierte Geschlechtsidentitäten entgegen. Es gelte, so Quint Czymmek in seinem Schlusswort, den rigiden Ordnungs- und Normvorstellungen, vertreten durch die

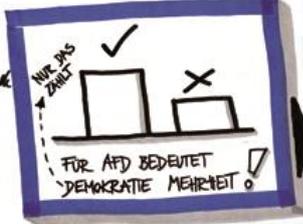
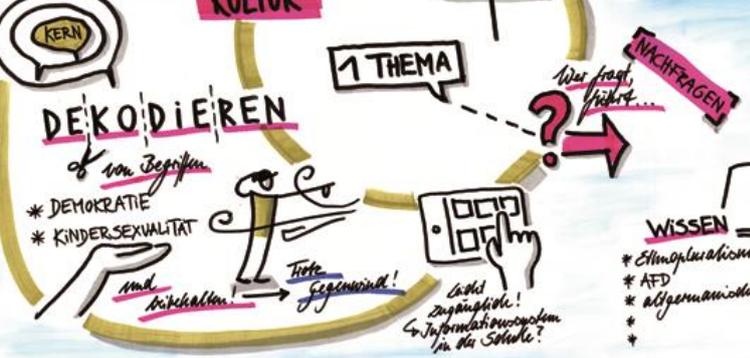
Akteur*innen der extremen Rechten, eine demokratische Perspektive einer „Gesellschaft der Vielen“ entgegenzustellen.



Grafik © Sibylle Reichel

FORUM 1

RECHTSPOPULISTISCHE AGITATIONEN GEGEN SEXUELLE UND GESCHLECHTLICHE VIelfALT IN DER BILDUNG. GEGENSTRATEGIEN UND HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN



Sibylla Böhml

Fachforum 1: Rechtspopulistische Agitationen gegen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Bildung. Gegenstrategien und Handlungsmöglichkeiten

Leitung: **Kathrin Schuchardt**

Expert*innen: **Dr. Martin-Klemens Ketelhut**, Heidelberg School of Education;
Danilo Ziemer, Que(e)r durch Sachsen: Mobile Beratung im ländlichen Raum

Erkenntnisse aus dem Expert*innengespräch

Im pädagogischen Arbeitsfeld der frühkindlichen und schulischen Bildung sind überwiegend Frauen tätig. Es fehlt Kindern und Jugendlichen an männlichen Bezugspersonen und allgemein an gendersensibler Haltung. Anfragen nach sexualpädagogischer Aufklärung werden vorrangig von Lehrerinnen an externe Beratungs- und Bildungsange-

bote gestellt. Coming Outs von pädagogischen Fachkräften finden weiterhin relativ selten statt. Es fehlt an Vorbildern für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Bildungsbereich.³ Die christlich-erzkonservative „Demo für Alle“ mit einem von einigen Vertreterinnen selbstpostulierten „Feminismus“ ist an das Patriarchat anschlussfähig, da

unterstellt wird, dass nicht jede Frau Gleichberechtigung anstrebt. Die rechtspopulistische „Anti-Gender“-Propaganda rechtfertigt ihre Positionen mit biologistischen und religiösen Grundannahmen über Geschlecht und Sexualität (vgl. deren sinnfreie Aussagen wie „Ich habe doch gleiche Rechte, wenn ich Mutter sein darf“).

Sichtbarkeit erhöhen

Zur Sichtbarmachung und Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Bildung braucht es Pädagog*innen, die professionell und damit selbstreflexiv mit ihrer eigenen Geschlechtsidentität umgehen können.

Im Gegensatz zu Erwachsenen zeigen Kinder und Jugendliche in Bildungsangeboten und Vielfaltprojekten meist große Offenheit und Verständnis für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt.

Ängste bestehen eher seitens der Eltern bzw. der Erziehungsberechtigten. Diese beziehen sich häufig argumentativ auf rechtspopulistische und religiös-fundamentalistische Positionen und sind nur durch authentisches Auftreten und Fachkompetenz der Pädagog*innen der Vielfalt zu beseitigen.

Es entsteht eine paradoxe Situation:

Einerseits wird die Behandlung von LSBTI* in einigen Bildungsplänen vorgegeben, andererseits bestehen für die Thematisierung in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Erzieher*innen und Erwachsenenbildner*innen kaum zeitliche Ressourcen und sie ist curricular nicht festgeschrieben.

Pädagogische Fachkräfte vermitteln die Normen und Werte im Kita- oder Schulalltag so, wie sie glauben, dass sie in der Gesellschaft gelebt werden. Heteronormativität, Sexismus, Homosexuellen- und Trans*-Feindlichkeit sind daher in Kita und Schule genauso häufig verbreitet wie in anderen Bereichen der Gesellschaft auch. Die Werte-

vermittlung ist immer auch ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Realität.

Die sexualpädagogischen Konzepte für Kitas, Schulen und Hochschulen sind nur mit einer gendersensiblen und menschenrechtsorientierten Haltung als Standard von pädagogischer Professionalität umsetzbar. Jedes Kind hat das Recht, sich in pädagogischen Institutionen frei, sicher und gleichberechtigt entwickeln zu können.

³ Vgl. Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes über LSBTI*-Lehrkräfte in Deutschland, abgerufen am 19.11.2018:

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/LSBTIQ_Lehrerkraeftebefragung.pdf

Der „Beutelsbacher Konsens“⁴ in der politischen Bildung zielt darauf ab, dass Kinder und Jugendliche in Bezug auf Werte und Normen nicht überwältigt oder indoktriniert werden. Nach dem Überwältigungsverbot (auch: Indoktrinationsverbot) dürfen Lehrende den Lernenden nicht ihre Meinung aufzwingen, sondern sollen sie in die Lage versetzen, sich mit Hilfe des Unterrichts ein eigenes Urteil bilden zu können. Perspektiven, Erfahrungen, Quellen und politische Haltungen müssen in ihrer Vielfalt kontrovers diskutiert werden.

Besonders von Gleichstellungsgegner*innen wird der „Beutelsbacher Konsens“ immer öfter instrumentalisiert, um die Sichtbarkeit von unterschiedlichen sexuellen und geschlechtlichen Identitäten in Schule und Unterricht zu verhindern. Dabei wird das Überwältigungsverbot als zentrale Aussage angeführt. Gleichfalls nutzen Rechtspopulist*innen den Konsens auch immer wieder, um ihre eigenen menschenfeindlichen Positionen in Schule und Unterricht einzubringen.

Die am 11. Oktober 2018 verabschiedete Empfehlung der Kultusministerkonferenz (KMK) „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“ verdeutlichte noch einmal, wie der Beutelsbacher Konsens und das Überwältigungsverbot zu verstehen sind:

„Dies bedeutet nicht, dass jede Position akzeptiert werden muss oder alle Positionen in gleicher Weise gelten. Wenn Schülerinnen und Schüler in einer Diskussion Standpunkte äußern, die mit der freiheitlich-demokratischen Grund-

ordnung und den Menschenrechten nicht vereinbar sind, dürfen Lehrerinnen und Lehrer diese keinesfalls unkommentiert oder unreflektiert lassen. Werden in der Schule kontroverse Thematiken behandelt, haben Lehrkräfte die anspruchsvolle Aufgabe, den Unterrichtsgegenstand multiperspektivisch zu beleuchten, zu moderieren, bei Bedarf gegenzusteuern, sowie Grenzen aufzuzeigen, wenn diese überschritten werden. Voraussetzung für die Umsetzung des Beutelsbacher Konsenses ist somit eine Grundrechtsklarheit und ein entsprechendes Selbstbewusstsein der Lehrkräfte.“⁵

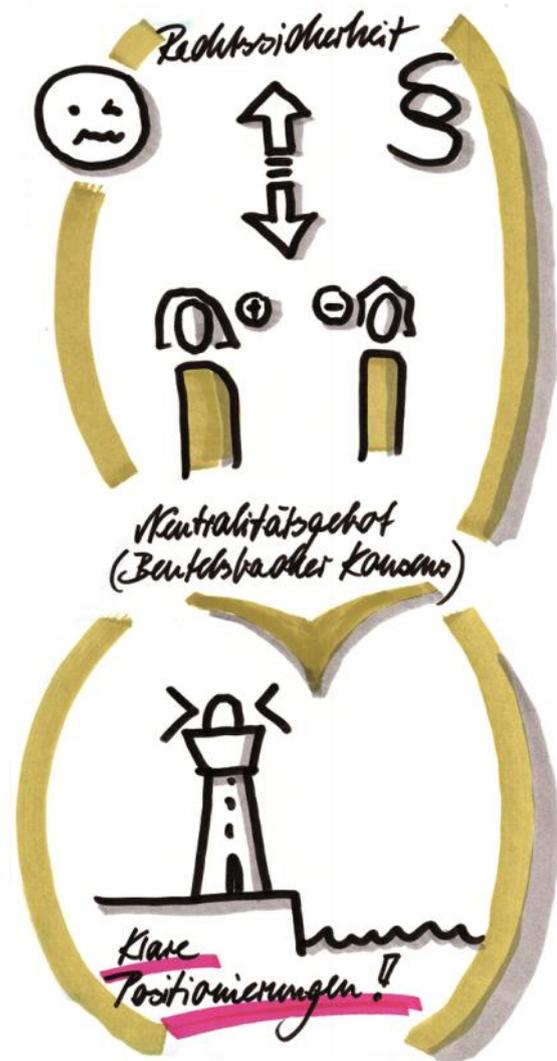
Eine Pädagogik der Vielfalt leitet sich aus dem Grundgesetz⁶ und den Kinderrechten⁷ ab.

Der Kampfbegriff einer sogenannten „Frühsexualisierung“ zielt als Mittel einer rechtskonservativen Metapolitik darauf ab, den emanzipatorischen Diskurs grundlegend zu diffamieren und die tradierten Geschlechter- und Machtverhältnisse wieder herzustellen. Konservative und rechtspopulistische Positionen legitimieren sich mit der vermeintlichen Mehrheitsmeinung.

Das Grundgesetz zielt jedoch nicht allein auf parlamentarische Mehrheitsentscheidungen im

demokratischen Verfahren ab, sondern fokussiert gleichzeitig auch auf den Minderheitenschutz in einer demokratischen Gesellschaft.

Das demokratische System schützt auf diese Weise die Rechte von Minderheiten gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung.



Graphik © Sibylle Reiche

⁴ Vgl. Beutelsbacher Konsens: www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens, abgerufen am 19.11.2018

⁵ Zitiert nach: Kultusministerkonferenz (2018): Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. S. 5, abgerufen am 19.11.2018 unter: www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Staerkung_Demokratieerziehung.pdf

⁶ Vgl. relevante Artikel im Grundgesetz: Freie Entfaltung der Persönlichkeit: Art. 2 (1); Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit: Art. 2 (2); Gleichberechtigung von Mann und Frau und der staatliche Auftrag, diese Norm durchzusetzen: Art. 3 (2); Schutz vor Diskriminierung: Artikel 3 (3).

⁷ Vgl. Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit (Art. 13 Kinderrechtskonvention)

Leitfragen, Forderungen und Maßnahmen

Was ist nötig, um Kinder und Jugendliche bereits in der Schule gegen menschenfeindliche Ideologie zu stärken? Und was ist notwendig, um Lehrkräfte und pädagogisches Personal vor Anfeindungen und Einschüchterungen aus dem rechten Spektrum zu schützen?

Politische Forderungen

- (Landes-)Aktionsprogramme gegen Homosexuellen- und Trans*-Feindlichkeit, die auch das Thema Schule und Bildung einbeziehen
- Etablierung von diversitätssensiblen und diskriminierungskritischen Lehrmaterialien, d.h. fächerübergreifende Aufnahme von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Kinderbüchern und im Schulmaterial
- Bildungs- und Lehrpläne LSBTI* inklusiv gestalten: fächerübergreifende Wissensvermittlung zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt schon ab der Kita
- Zur langfristigen Sicherstellung der politischen Forderungen bieten sich die Gewerkschaften und große Interessensverbände als Verbündete an. Die Ansprache zur Klärung vom gemeinsamen Vorgehen sollte über persönliche Kontakte erfolgen.
- Es empfiehlt sich ebenfalls, Parteien und Fraktionen anzusprechen, um entsprechende Forderungen darzulegen.

Maßnahmen

- Gemeinsam mit Lehrkräften, Erziehenden und Schüler*innen vielfaltsorientierte Leitbilder erstellen (inkl. Regeln für eine diskriminierungsfreie Kommunikation)
- Die Regeln für die Kommunikation sollten im Schulprogramm festgeschrieben werden. Auf diese Weise können sie immer wieder anlassbezogen zum Thema gemacht werden.
- Bei der Entwicklung von Leitbildern für Bildungseinrichtungen wird angeregt, die einzelnen Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Sexismus, Homosexuellen- und Transfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus usw.) genau zu beschreiben und den indifferenten und praktisch unbrauchbaren „Extremismus“-Begriff zu meiden.
- Pädagogische Kommunikation und Alltagssprache permanent als Bildungsanlass nutzen, um über Bedeutung, Herkunft, Verwendung und Hintergrund von Begriffen aufzuklären. Weg von moralisch-normativ geprägten Aussagen und Belehrungen, hin zu empirisch-soziologischen Aussagen!. Als Referenzrahmen dienen Menschenrechte, Bedürfnisorientierung des Individuums und praktische Konfliktlösungen.

Medienpädagogik verbindlich in allen Schulformen etablieren

- Diskriminierung und Ausgrenzung findet vermehrt auch in sozialen Medien statt, auf die pädagogisches Personal und Eltern kaum Zugriff haben. Medienpädagogik an Schulen muss hier neue Wege und Methoden entwickeln, um Kinder, Jugendliche und Erwachsene fachlich auf der Höhe der Zeit über Gefahren im Internet aufzuklären, für Gendervielfalt zu sensibilisieren und Gegenstrategien gegen Hatespeech zu vermitteln.

Leicht zugängliche Informationsquellen zur politischen Bildung für Kinder und Jugendliche in Bildungseinrichtungen bereithalten (digital und analog)

- Es sollten sowohl Tablets mit empfehlenswerten Apps als auch Bücher und Broschüren (bspw. der Bundeszentrale für politische Bildung) für alle Schüler*innen ständig verfügbar sein. Aufbauend darauf sollten tagesaktuelle politische Debatten in Schule und Bildung auch tatsächlich thematisiert werden. Nach Ansicht der Expert*innen besteht hier erhebliches Entwicklungspotential.
- sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Unterricht als verpflichtender und fächerübergreifender Standard
- hauptamtliche Ansprechpersonen für Nichtdiskriminierung an Schulen und Kitas etablieren
- Selbstwirksamkeitserfahrungen in Schule und Unterricht ermöglichen
- Fortbildungen ermöglichen und Angebote der mobilen Beratung annehmen, um Fachkräfte hinsichtlich Vielfalt und Diskriminierung und zur Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten im Berufsalltag zu sensibilisieren

Strategien

- + Re-Framing: Positive, nicht defizit-orientierte Begriffe sollten selbstbewusst in die Werbung der Vielfaltprojekte übernommen werden. Nach dem Motto: „Wir sprechen frei und offen über alle Beziehungsformen, Lebensstile und Geschlechtsidentitäten.“
- + gelebte Vielfalt auch in Schulen sichtbar machen: geoutete Lehrkräfte als persönliche Vorbilder
- + Stärkung der Vernetzung und des Erfahrungsaustauschs der Fachkräfte untereinander sowie der Vernetzung zwischen Bildungseinrichtungen zum Kompetenzaustausch; Aufklärung führt zu mehr sexueller Selbstbestimmung und folglich auch zu mehr Sicherheit vor sexuellen Übergriffen.
- + Lehrkräfte und/ Erziehende müssen zu Symbolen, Strategien, Rhetoriken und Zielen rechtspopulistischer Akteur*innen und Organisationen gestärkt werden (Fortbildung, Studium).
- + Mit diesem Wissen können sie anschließend Begriffe dekodieren: zum Beispiel ‚Demokratie‘ oder ‚kindliche Sexualität‘ gemäß ihrem inhaltlichen Kern definieren und in Argumentationen mit Gegner*innen diese Definition beibehalten.

Was ist wichtig für die Gegenargumentation?

- + das jeweilige Gegenüber nach seinen Quellen befragen
- + ruhig und sachlich bleiben
- + Diskriminierungen eindeutig widersprechen und Haltung zeigen
- + nachfragen: „Wer fragt, führt“
- + konsequent bei *einem* Thema bleiben, kein Themen-Hopping

Wie können Lehrkräfte auf Anfeindungen im Schulunterricht reagieren?

- + Kindern und Jugendlichen keine Konsequenzen androhen, ohne sie auch tatsächlich folgen zu lassen
- + sofort und unmittelbar reagieren: Beleidigungen direkt benennen und Gespräch mit Schüler*innen im Nachgang
- + Empathie herstellen: „Wie würdest du dich fühlen, wenn jemand das zu dir sagt?“ oder diskriminierende Situationen in Rollenspielen nachspielen



Fachforum 2: Religion, Kirche und Rechtspopulismus. Wie können Kirchen und Religionsgemeinschaften menschenfeindlichen Einstellungen von rechts entgegenwirken?

Leitung: **Henny Engels**

Expert*innen: **Kathrin Wallrabe**, Gleichstellungsbeauftragte der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen; **Levi Salomon**, Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus; Studierendenpfarrer **Frank Martin**, Forum für Gemeinschaft und Theologie

Erkenntnisse aus dem Expert*innengespräch

Religion und Menschenfeindlichkeit passen nicht zusammen

Vom Evangelium her passen Religion und Menschenfeindlichkeit überhaupt nicht zusammen. Das Christentum basiert nicht auf Abwehr, sondern auf Zusammenhalt. Gott geht auf Menschen zu. Ideologien der Ungleichwertigkeit passen nicht zu dieser Idee. Das Christentum ist die Entgrenzung aller Nationen. Eine Ideologie, die ausgrenzend und menschenfeindlich ist, lässt sich mit dieser Idee des Christentums nicht vereinbaren. Religionen wie das Christentum wollen stabilisieren und nicht spalten.

Beim Thema „Ehe“ müssen sich die Kirchen bewegen. Aus einer modern-protestantischen Perspektive wird heute nicht mehr nach der äußeren Form einer Partnerschaft, sondern nach den dort gelebten Werten gefragt. Auch müssen sich die Kirchen stärker zum Thema der noch bestehenden gesetzlichen Ungleichbehandlung positionieren. In der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Sachsen sind beispielsweise gleichgeschlechtliche Partnerschaften im Pfarrhaus grundsätzlich möglich. Auch die Abstandsregelung zur heterosexuellen Ehe für Segnungen der homosexuellen Partnerschaften wird geringer. Dennoch sind nicht alle Gemeinden in Sachsen LSBTI*-freundlich.

Wir dürfen die Bibel nicht eins zu eins auslegen

Jüdische Gemeinschaften sind direkt vom Rechtspopulismus und antisemitischen Anfeindungen betroffen. Hinter den Anfeindungen steht eine völkisch-nationalistische Ideologie. Hingegen schließen die Grundlagen des Judentums ebenso wie die Grundlagen des Christentums menschenfeindliche Einstellungen bzw. völkisch-nationalistische Ideologien aus. Wir dürfen die Bibel nicht eins zu eins auslegen, sondern müssen diese im zeitgeschichtlichen Kontext sehen.

Als eine Grundlage für den Antisemitismus kann die sogenannte Entmenschlichung der Juden*Jüdinnen dienen. Denn wer davon ausgeht, dass „die Juden“ Christus ermordet haben, der oder die mag auch davon ausgehen, dass es sich dabei um einen Gottesmord gehandelt hat. Infolgedessen kann die Frage gestellt werden, wer Gott gefährlich werden kann. Wenn nur der Teufel Gott gefährlich werden kann, so ist in der Schlussfolgerung „der Jude“ die Verkörperung „des Bösen“.

Rückbindung auf liberale Werte

Die Sehnsucht der Menschen nach Religion ist groß, doch Religionen werden leider oft mit konservativen oder tradi-

tionellen Familienbildern verbunden.

Religion ist nicht gleich Glaubensgemeinschaft, Religion bedeutet Rückbindung auf Werte. In diesem Sinne sind die Kirchen Glaubensgemeinschaften und keine monolithischen Blöcke. Bei den Themen „Familienbild“ oder „Geschlechterrollen“ bieten die Kirchen aber sehr wohl Anknüpfungspunkte für rechte Einstellungen. Denn auch der rechte Diskurs ist durchaus religiös, indem er sich auf traditionelle Werte beruft. Aber das hat mit dem, was gemeinhin unter Religion verstanden wird, nichts zu tun. Dabei ist der Rechtspopulismus nicht einfach vom Himmel gefallen. Das Christentum hatte lange einen Machtanspruch, der die heutige Situation begünstigt hat.

Wir brauchen dringend eine sozial-liberale Deutung von Religionen. Hier ist besonders der innerkirchliche Dialog von Bedeutung. Der innerkirchliche Wandel ist ein langer Kampf. Die EKD leistet hier schon lange eine progressive Arbeit, aber das auch an die Basis zu bringen ist schwer und man benötigt einen langen Atem. Die Kirchen tun sich mit der Aufarbeitung der eigenen Geschichte schwer. Oft erfolgt der diesbezügliche Dialog hinter verschlossenen Türen und wird nicht öffentlich. Diese Aufarbeitung ist aber eine Voraussetzung für eine Öffnung.

FORUM 2

RELIGION, KIRCHE UND RECHTSPOPULISMUS.
WIE KÖNNEN KIRCHEN UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN
MENSCHENFEINDLICHEN EINSTELLUNGEN VON RECHTS
ENTGEGENWIRKEN?



TRENNUNG VON KIRCHE & STAAT!



Religion
Rechtspopulismus
Menschenfeindlichkeit
In welchem Verhältnis zueinander?



RELIGION ✂ MENSCHENFEINDLICHE IDEOLOGIE

Werte
Aber: Religion ≠ Glaubens-Gemeinschaft
Familien- Werte
Glaubens- Werte

Wie können sich
Religionsgemeinschaften
gegen Instrumentalisierung
von rechts wehren?



RECHTS POPULISMUS



MACHT ANSPRUCH
durch Christen
Rechtspopulismus
Anerkennung?

Leben und
Teilbarkeit
süßler machen



Umgang mit
Anforderungen
in eigenen Reihen



Wie -
Offenheit für Vielfalt
signifikanten und
aufordern?



Das ist
menschlich-
freundlich!
Gewalt klar
bedeuten und ableiten

EIGENE
THEMEN
Biblische
Grundlagen
herausheben



Respekt
Vorschläge ernst nehmen



Werte
erhalten
& herstellen

KLARE
REGELN
GRENZEN
ZEIGEN



Sibylle Riedel

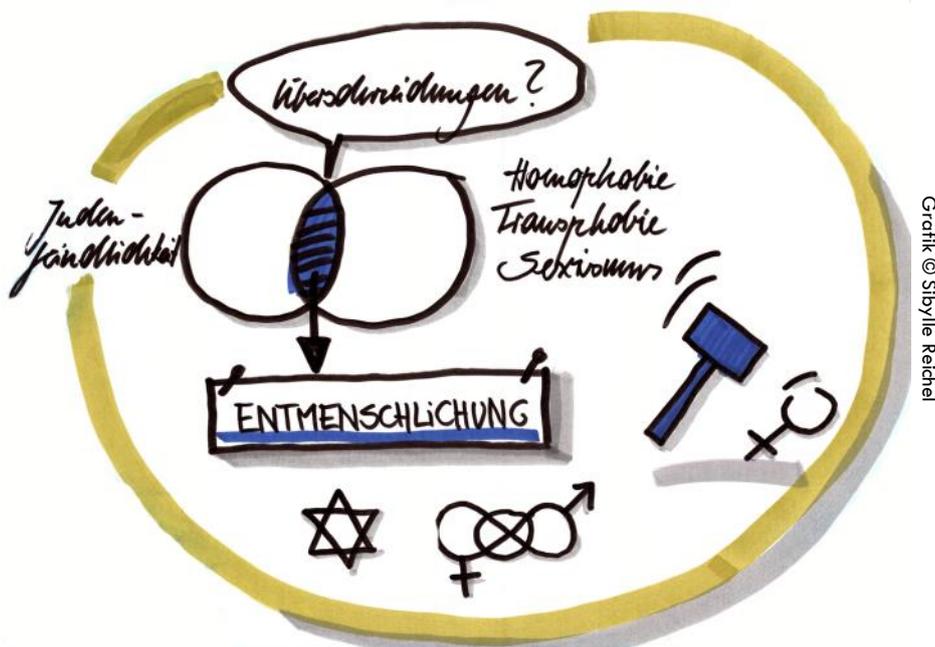
Forderungen

- + mehr Aufklärung und Bildung
- + Kirchen und Religionsgemeinschaften müssen sich öffnen und vielfältige Lebensweisen und Identitäten akzeptieren
- + Dialoge zur Öffnung von Kirchen und Religionsgemeinschaften müssen öffentlich geführt werden.
- + Ungleichheiten bzw. Ideologien von Ungleichwertigkeiten dürfen nicht von Kirchen und Religionsgemeinschaften legitimiert werden.
- + Kirchenleitungen müssen deutlich machen, dass das Christentum und der Rechtspopulismus keine gemeinsamen Schnittmengen haben

Wie sollten Religionsgemeinschaften in den eigenen Reihen mit menschenfeindlichen Anfeindungen umgehen?

Maßnahmen

- + Solidität und Parteinahme mit Betroffenen von Anfeindungen
- + menschenfeindliche Einstellungen ansprechen und fundiert kritisieren: Dabei nicht nur reagieren, sondern auch eigene Themen setzen und Debatten und Lernräume zur Verfügung stellen. Gewalt klar benennen und ablehnen. Öffentlich Stellung beziehen und klare Signale nach innen und nach außen setzen.
- + Verhalten kritisieren und nicht Personen. Wertschätzend bleiben und zuhören, – auch bei unterschiedlichen Ansichten. In Liebe zur Rede stellen im Gespräch. Ängste erfragen und verstehen wollen
- + mit religiösen Schriften argumentieren: biblische Grundlagen benennen. Klären, was sich hinter dem Begriff „Sünde“ verbirgt. Mit Fakten gegen religiös motivierte Anfeindungen argumentieren
- + Grenzen der Diskussion aufzeigen und klare Regeln benennen
- + Lernen und Fehlbarkeit sichtbar machen
- + Leitbilder basisdemokratisch und partizipativ erarbeiten und umsetzen: als „lernende und lebende Dokumente“, auch in Gemeinden (bottom up)
- + Nächstenliebe als zentrales Merkmal
- + Die Zehn Gebote als Grenzraum für das Leitbild
- + Anerkennung von Vielfalt als Grundlage



Wie können Religionsgemeinschaften Offenheit für vielfältige Lebensentwürfe und Identitäten signalisieren und diese auch einfordern???

Strategien	Maßnahmen	Öffentlichkeitsarbeit
<ul style="list-style-type: none"> + Offenheit zeigen: Sichtbarkeit von vielfältigen Lebensentwürfen/ und Identitäten schaffen. Arbeit für/ und mit Betroffene(n). Offenheit als Chance statt als Gefahr sehen. Glaubwürdig Beziehungen leben + rational denken: jedes Jahr verlieren wir viele Gemeindemitglieder, während Vielfalt auch wieder mehr Mitglieder mit sich bringt. 	<ul style="list-style-type: none"> + LSBTI*-Themen Raum geben und diskutieren + Erzählungen bereichern + auf die Seite derer stellen, die zum Opfer gemacht werden, und dadurch Solidarität zeigen + barrierearme Räume /und Kommunikation + respektvolles Handeln: nicht stigmatisieren, sich gegen Abwertung von Menschen wenden + Aufarbeitung der eigenen Geschichte (Kirchen bzw. Glaubensgemeinschaften): eigene Identität klären, Auseinandersetzung mit Heteronormativität bzw. Klassizismus sowie Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte (der Institution) + Politiken an der Basis problematisieren 	<ul style="list-style-type: none"> + gleichgeschlechtliche Eheschließungen in Gemeinden öffentlich machen + Symbole für Vielfalt (Regenbogen) integrieren + Veranstaltungen mit von menschenfeindlichen Einstellungen Betroffenen organisieren + wertschätzende Repräsentation von Vielfalt sowohl in der Öffentlichkeitsarbeit als auch beim Personal + mehrsprachige Öffentlichkeitsarbeit: hierzu zählen besonders auch Dialekte (Sächsisch, Platt, Berlinerisch usw.). Diese sind oft bildhafter und lebensnäher + sensible und geschlechtergerechte Sprache + Kommunikationsstrukturen mit organisierten LSBTI*-Gruppen etablieren und deren Vorschläge und Impulse ernst nehmen

Fishbowl-Diskussion: Rechtspopulismus als Gefahr für Vielfalt und Respekt

Moderation: **Kathrin Schuchardt**

Expert*innen: **Dr. Martin-Klemens Ketelhut**, Heidelberg School of Education; **Kathrin Wallrabe**, Gleichstellungsbeauftragte der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen; **Levi Salomon**, Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus; **Christin Melcher**, Landesvorstandssprecherin Bündnis 90/Die Grünen Sachsen

In der Zivilgesellschaft ist ein verstärktes Engagement notwendig. Es ist nicht mehr möglich, angesichts von Demonstrationen der Rechten neutral zu bleiben. Alle müssen auf ihre Weise für die Demokratie einstehen und Haltung zeigen. Mit unterschiedlichen Aktionen und alltäglichem Handeln können sich Menschen für Weltoffenheit und Akzeptanz von unterschiedlichen Identitäten einsetzen. Wichtig ist es, sich den rechten Aufmärschen immer wieder entgegenzustellen und gleichzeitig eigene politische Inhalte voranzubringen und damit Zeichen zu setzen.

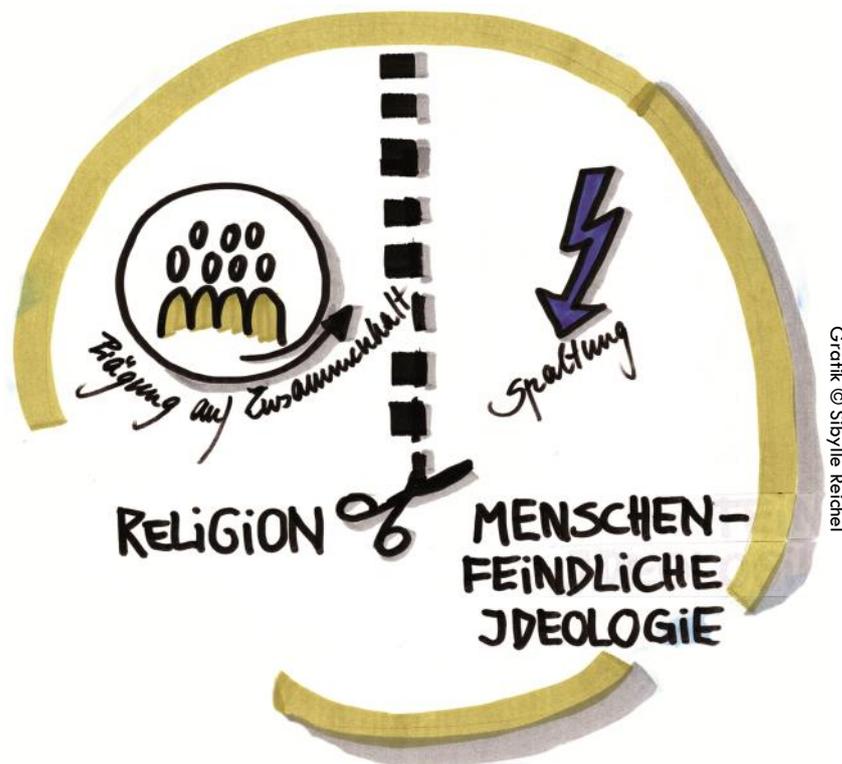
Durch die Verharmlosung von „Pegida“ und „besorgniserregenden Bürger*innen“ wurden menschenfeindliche Einstellungen auch in der Mitte der Gesellschaft wieder sagbar. Es hat eine Diskursverschiebung nach rechts stattgefunden. Unter dem Deckmantel von Demokratie und Meinungsfreiheit werden so Ideologien der Ungleichwertigkeit anschlussfähig für die gesellschaftliche Mitte. Eine Positionierung dagegen wird als undemokratisch und freiheitsfeindlich diffamiert. Auch über das Thema Männlichkeit muss gesellschaftlich, aber vor allem von Männer*n, diskutiert werden. Besonders von rechts wird der Männlichkeitsbegriff benutzt, um Gewalt und antifeministische Einstellungen zu legitimieren.

Bei Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen fanden Angriffe auf die Parteibüros und auf prominente Vertreter*innen der Partei wiederholt statt. Die Bedrohungen werden häufig per Mail ausgesprochen und reichen dabei bis hin zu Morddrohungen. Auch andere Parteien (z.B. Die Linke, CDU) berichten von solchen Angriffen.

Eine Kandidatin der SPD für den Bundestag wurde von Sympathisant*innen des Rechtspopulismus dermaßen unter Druck gesetzt, dass sie nach ihrer

Wahl ins Parlament mit ihrer Familie aus ihrem Wahlkreis weggezogen ist, da sie diesem Druck nicht mehr standhalten konnte.

Oft werden die Themen „Flucht“ und „Migration“ von rechten Gegner*innen instrumentalisiert, um gegen andere Menschen zu hetzen. Bei Sympathisant*innen von rechten Positionen können diese Themen jedoch auch Gesprächsanlässe sein, um Lösungsmöglichkeiten von Alltagsproblemen zu diskutieren.



FISHBOWL-DISKUSSION

RECHTSPOPULISMUS ALS GEFAHR FÜR VIELFALT UND RESPEKT



„Gitarrendi.“

FILM VON JYDA

„Gemeine Augenwäschen“

„Aussicht mit Vokabular!“

Zusammenstoß von „Wahlbürgern“ mit „Nichte-Politiker“

„Acht in Community mit Toleranz und Respekt“

Wiederholungen?

Judenfeindlichkeit

Homophobie
Transphobie
Sexismus

ENTMENSCHLICHUNG

☆ ♀ ♂

Evang.-lutherische Landeskirche

homosexuelle Paare im Pfarrhaus

Synode → „Anbahnung in Solmsbach“

ANGRIFFE AUF PARTEIBÜROS UND POLITIKER*INNEN

Brand in Berlin 30/ Die Grünen

Die Linke

CDU

Positive Gespräche

Was sind Ihre Probleme?

Definition über Wert

Sich dem auf der Straße entgegenstellen

Notwendig: Reden über Geschlecht!

MÄNNLICHKEIT

Netz hat auch Reichweite

Vorteile & Benachteiligungen!

Über eigene Inhalte reden

Linke Alternativen

* 2016 Leipzig Kongress auf dem Markt

Themen setzen

Sibylle Reißner

Ausblick

Bei insgesamt vier Regionalkonferenzen werden die Ideen und Impulse der Teilnehmenden der Vernetzungstreffen gemeinsam mit Expert*innen und Multiplikator*innen analysiert und weiterentwickelt. Alle Ergebnisse fließen in die weitere Projektplanung ein.

Zur Förderung der Debattenkultur und des fachlichen Austauschs werden auch bundesweite Regenbogenparlamente veranstaltet. Im Rahmen dieser bundesweit einmaligen Foren soll dem intensiven fachlichen Austausch zum Thema „Regenbogenkompetenz“ in den unterschiedlichsten Gesellschafts- und Politikbereichen Raum gegeben werden.



Sibylle Reichel © Jürgen Rausch

Zeichnerin Sibylle Reichel beim Graphic Recording

Hinweis

Die Veröffentlichungen in dieser Dokumentation stellen keine Meinungsäußerung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) oder des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die jeweiligen Autor*innen die Verantwortung.

Erstellung der Dokumentation

Redaktion: Henny Engels, René Mertens, Jürgen Rausch, Markus Ulrich

Fotos: Jürgen Rausch

Graphic Recordings bzw. Ausschnitte: Sibylle Reichel www.sibylle-reichel.de/

Gesamtgestaltung: Helga Braun, Hamburg www.comedia-hamburg.de

Impressum

V.i.S.d.P.: Familien- und Sozialverein des LSVD e.V., vertreten durch Klaus Jetz
Postfach 10 34 14, 50474 Köln

www.lsvd.de

Alle Veranstaltungen im Rahmen des LSVD-Projekts „Miteinander stärken“

2017

- 20.10.2017:
Vernetzungstreffen Leipzig
- 09.12.2017:
Vernetzungstreffen Mannheim

2018

- 20.01.2018:
Vernetzungstreffen Dortmund
- 17.02.2018:
Regenbogenparlament Berlin
- 03.03.2018:
Vernetzungstreffen Magdeburg
- 22.09.2018:
Regenbogenparlament Köln
- 10.10.2018:
Regionale Konferenz Leipzig
- 08.11.2018:
Regionale Konferenz München

2019

- 14.02.2019:
Regionale Konferenz Düsseldorf
- 02.04.2019:
Regionale Konferenz Magdeburg
- 07.09.2019:
Regenbogenparlament Hamburg

Kontakt zum LSVD-Projekt „Miteinander stärken“

In Köln: Jürgen Rausch
Hülchrather Str. 4, 50670 Köln
Telefon: 0221 - 92 59 61 13
Fax: 0221 - 92 59 61 11
E-Mail: juergen.rausch@lsvd.de

In Berlin: René Mertens
Almstadtstr. 7, 10119 Berlin
Telefon: 030 - 78 95 47 63
E-Mail: rene.mertens@lsvd.de

Website des Projekts www.miteinander-staerken.de

